

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Sonntag, 10. Juni 1893.

Annahme von Anzeigen: Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,  
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

**Berlin, 10. Juni.** Die Gegner der Militärverträge suchen die Thatsache hinweg zu interpretieren, daß diese in erster Linie bestimmt seien, das militärische Übergewicht über Frankreich zurückzugeben, ohne welches, wie Graf Caprivi in einer Denkschrift aus dem Jahre 1879 ausgeführt hat, ein deutsches Reich auf die Dauer überhaupt nicht bestehen könne. Wie schwach es mit diesen Deutungsversuchen bestellt ist, geht schon aus der Thatsache hervor, daß man sich zu gewaltsamen Zusammenstellungen und Auslassungen gezwungen sieht, um wenigstens einen Scheinbeweis für das zu erlangen, was man gern beweisen möchte. Man stellt einige Sätze aus einer Rede, die Graf Caprivi im November 1891 gegen die statistischen Spielereien gehalten, mit den einleitenden Bemerkungen zusammen, die der Reichstagspräsident in der letzten Militärkommission über Frankreich gemacht, und das Resultat ist fertig; freilich nicht der Beweis, daß Graf Caprivi gesagt habe, Deutschland sei Frankreich ohnehin schon gewachsen. Auf Seite 4 des Kommissionsberichts wird aus seiner Rede mitgeteilt, daß „mit der heutigen Deeresstärke Deutschlands eine Offensive weder gegen Frankreich noch gegen Rußland allein möglich sei“. Unter der Offensive, so war vorher ausgeführt, sollte nur die strategische Offensive zu verstehen sein, das Hinhinbringen des Krieges auf feindliches Gebiet, sobald uns der Krieg aufgezwungen ist. Diese Verlegung des Kriegespielfeldes aber auf feindliches Gebiet, der wir die Erfolge in den letzten Kriegen zu verdanken gehabt, sei nur möglich bei einer bedeutenden numerischen Ueberlegenheit. Wir sollten, führt der Reichstagspräsident nach den Mitteilungen auf Seite 7 des Kommissionsberichts weiter aus, wenigstens Frankreich allein gegenüber stark genug sein, und nur nach Annahme der Verträge sei eine Offensive gegen Frankreich kein allzu großes Wagnis, denn jetzt ständen wir um 170 000 Mann gegen Frankreich zurück, selbst wenn man für den Krieg der Küsten, der dänischen und der russischen, nichts in Abzug bringe.“ Von den militärischen Sachverständigen wurde in der Kommission weiter aus geführt, daß nach der jetzigen Organisation und unter Aufrechterhaltung der jetzigen Rekrutierungsquoten im Laufe der Jahre Deutschland einschlüssig der Fragefrage höchstens über 3 500 000, Frankreich dagegen über 4 400 000 und Rußland gar über 4 600 000 Mann verfügen könne. (S. 11 des Berichts.) So ist es in Wahrheit mit der ohnehin schon vorhandenen militärischen Ueberlegenheit Deutschlands über Frankreich bestellt, und die Wähler werden sich zu fragen haben, ob sie diesen Urteilen des leitenden Staatsmannes und der militärischen Sachverständigen mehr Gewicht beilegen wollen, als den künftigen „Beweisen“ der Zivilmilitärs, die um ihre Position zu kämpfen, die Kunst des Schweigens und Verschweigens in bedenklicher Weise üben müssen.

— Während in Deutschland der Kampf um die Wehroverträge aufhört und bei uns die Reichsvertretung die Mittel zur Deeresverpflichtung verfügt, ist in Frankreich gerade das Gegenteil im Werke. „Progres Militaire“ bringt dringende Empfehlungen des in der französischen Kammer von einem Abgeordneten eingebrachten Antrags auf eine indirekte Deeresverpflichtung, der, von dem militärischen Fachblatt so nachdrücklich unterstützt, sicherlich durchgehen wird. Nach dem französischen Wehrgesetz werden alle die zum Dienste eingezogenen, so beträgt die Zahl der französischen Wehrmänner und Freiwilligen jährlich etwa 220—240 000 Mann, wobei jedoch jedes Jahr etwa 220—240 000 übrig bleiben, die als körperlich nicht vollständig dienstfähig im Frieden vom Dienste befreit und für den sogenannten „Hilfsdienst“ im Kriege bestimmt werden. Hier sollen die Verwendung finden bei den Etappen, Feldbatterien, Proviantämtern, beim Zugsdienst, im Eisenbahn- und Telegraphendienst, als Krankenwärter, als Schreiber, als Jäger u. s. w. Der Antragsteller geht nun von der Ansicht aus, daß man der in Deutschland beschäftigten Deeresvermehrung in Frankreich nicht mehr folgen könne, da die Zahl der Geburten und der Verschleissungen zu sehr gesunken sei und daß andererseits in der Verwendung der im Dienste nicht ausgebildeten Mannschaften zum Hilfsdienste im Kriege eine große Gefahr für die Disziplin vorliege, während durch Verwendung von aktiven Soldaten zum Dienst als Schreiber, Dolmetschen, Lazarettgehilfen, Bäcker, Handwerker aller Art den Truppen eine Menge von Mannschaften entzogen sind, was auf die Ausbildung der Truppen in hohem Grade störend einwirkt. Der Antragsteller Abg. Maubert hat daher den Antrag gestellt, daß die bisher dem Dienst im Frieden befreiten Mannschaften nunmehr auch wie alle anderen zum Dienst eingezogen und zu den oben angeführten Dienstleistungen verwandt werden. Hierdurch wird in Wirklichkeit wieder eine Verstärkung des französischen Heeres um mehr als 20 000 Mann und eine namhafte Entlastung der Truppen herbeigeführt und das ohne viel Karm und Geschrei erreicht, was man bei uns durch Aufstellung der Halb-Bataillone theilweise aber leider bis jetzt vergebens zu erreichen suchte. So zeigt Deutschland das traurige Bild, daß die Mehrheit der Reichsvertretung sich geweigert hat, das zur Verteidigung des Reiches als notwendig erkannte zu genehmigen, während in Frankreich mitten aus der Volksvertretung heraus der Regierung die Mittel zur Verstärkung des Heeres und zur Heranziehung aller überhaupt in irgend einem Dienste brauchbaren jungen Männer geboten werden.

— Der Zentralausschuß der Reichsbank versammelte sich gestern im Reichsbankgebäude. Die Verhältnisse auf den fremden Geldmärkten haben sich allerdings, wie der Vorsitzende, Reichsbank-Präsident Dr. Koch bemerkte, erheblich gebessert. Insbesondere seien die fremden Wechselkurse, deren Höhe die Gefahr des Goldabflusses ins Ausland nahe gerückt, gefallen. Dennoch und trotz der seitigen Diskontomäßigung in London müßten verschiedene Gründe hier von dem gleichen Schritt zurückhalten. Die Anlage der Reichsbank sei umgewandelt hoch, der Metallvorrath und die Reserve schwächer als in den letzten Jahren. Die fremden Gelder beständen etwa zur Hälfte aus Reichs- und Staatsguthaben. Im Juni finde ferner gewöhnlich eine stärkere Anspannung statt; der Vorratsschatz sei in den letzten Jahren im Sinken. Aus allen diesen Gründen beabsichtige die Reichsbank-Verwaltung für jetzt keine Diskont-

berabsetzung. Widerspruch hiergegen wurde von keiner Seite geäußert. Der Zentralausschuß genehmigte schließlich, daß die Zahlung einer Abschlagsdividende von 1 1/2 Prozent für das erste Halbjahr 1893 an die Reichsbankantheilhaber vom 15. d. M. ab erfolge.

— In der Öffentlichkeit und zwar innerhalb und außerhalb der Landesvertretung werden häufiger Äußerungen des Bedauerns darüber laut, daß produktive Unternehmungen des Staates ungeachtet der Bereitstellung der erforderlichen Geldmittel nur äußerst langsam fortgeschritten und die zur Verfügung stehenden Kredite sehr unrentabel lange unverwandt bleiben.

Dabei werden die Hemmnisse häufig übersehen, welche dem Fortgange solcher Anlagen aus den bestehenden Rechtsverhältnissen erwachsen, gleichviel ob der Staat oder ein anderer Unternehmer ist.

In einer ganzen Reihe von Fällen, namentlich bei Eisenbahn- und Kanalbauten, ist die Bewilligung der Geldmittel eine bedingte. Zumeist ist die Verwendung der bewilligten Mittel an die Ausführung gewisser Beiträge seitens der zunächst Beteiligten geknüpft. In solchen Fällen hängt also die Ausführung der Anlage von Voraussetzungen ab, auf deren Vorhandensein die Staatsverwaltung nur einen geringen Einfluß ausüben vermag, welche vielmehr im Wesentlichen davon unabhängig sind.

Aber selbst wo eine solche Bedingung nicht besteht, oder wo sie bereits erfüllt ist, hängt die wirkliche Inangriffnahme der Ausführung des Werkes in der Regel von dem Einvernehmen der Grundbesitzer mit, ohne daß zur Entzweiung der Grundstücke werden muß, so ist ein sehr erheblicher Zeitverlust unabwendbar. Man darf rechnen, daß unter günstigen Umständen und wenn die Dringlichkeit anerkannt wird, in der Regel nicht viel weniger als ein volles Jahr bis zur Durchführung des Entzweiungsverfahrens verstrichen wird. Nur zu häufig ergeben sich ferner bei der Planfeststellung als der dem Entzweiungsverfahren voraussetzenden, welche eine längere Dauer des Verfahrens zur Folge haben. Liegt aber gar der Fall der Dringlichkeit nicht vor, muß vielmehr die Zeit abgewartet werden, bis der Redewort erschöpft ist, so verlängert sich das Zeitverhältnis unter Umständen sehr erheblich.

Eine der wichtigsten Ursachen dieser langen Dauer des Entzweiungsverfahrens beruht o. n. g. in der Trennung desselben in zwei ganz selbstständige nach einander sich abspielende Verfahren, dasjenige zwecks Festlegung des Planes und das wegen Festlegung der Entzweiung. Diese Trennung ist abweichend von dem ursprünglichen Vorschlage der Staatsregierung von der Landesvertretung im Interesse größerer Sicherheit der Eigentümern beibehalten worden. Bei den über eine etwaige Abänderung des Entzweiungsverfahrens eingehenden Erörterungen wird wohl auch die Frage zu prüfen sein, ob unbeschadet der Sicherheit des Grundeigentums die beiden Verfahren nicht zu vereinfachen seien könnten.

— In welchem Maße bei uns im Gegensatz zu England und Nordamerika die Eisenbahnen an Sonntagen zu Reisen benutzt werden, ergibt sich aus einer von den preussischen Staatsbahnen aufgenommenen Statistik, nach welcher im gesamten Staatsbahnbereich nach den letzten Jahren und bis in die neuere Zeit für verschiedene Zeitabschnitte gemachten Feststellungen an Sonntagen durchschnittlich etwa 60 p. ct. mehr Fahrkarten verkauft worden sind als an Wochentagen. Der Stadt- und der Vorortverkehr von Berlin und von Hamburg-Altona sind hierbei, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt, außer Berücksichtigung geblieben.

— Während der preussische Staat für gewöhnlich Verfassungsanstalten bisher sehr wenig Mittel aufgebracht hat, unterstützt er die landwirtschaftlichen Versuchsanstalten jährlich mit erheblichen Summen. Der Betrag, welcher nach den neuesten Ausweisungen im Jahre 1891/92 für die verschiedenen agrarisch-chemischen Versuchsanstalten ausbezahlt worden ist, beläuft sich auf 109 000 Mark. Fast dieselbe Summe ist zur Befriedigung landwirtschaftlicher Wanderlehrer und Instruktoren verausgabt worden. Die landwirtschaftlichen Vereine haben in den genannten Jahren Staatsunterstützungen in Höhe von 266 000 Mark erhalten.

— Aus den Dominalmineralbrunnen, Niederfelders, Nachingen, Ems, Karsenbach, Weitzbach und Weitzbach, hat Preußen im Jahre 1891/92 eine Einnahme von 1 1/2 Millionen gehabt. Nach Abzug der Ausgaben verblieb dem Staate aus diesen Mineralbrunnen eine Reineinnahme von nahezu 1 1/2 Millionen.

**Kiel, 8. Juni.** Zur Besichtigung der Arbeiten des Nordostsee-Kanals trafen gestern Abend Staatsminister von Bütticher, Finanzminister Dr. Viquel, der russische Vizekonsul Graf Schwallow, Wirkl. Geheimrath Oberbaurath Büsch, Geh. Regierungsrath Köbe, Geh. Bau Rath Füllsicher u. a. in Zeeboe ein, wo sie von dem Landrathe und dem Bürgermeister begrüßt wurden. Nachdem Staatsminister v. Bütticher der Abtheilung des abigen Klosters, Prinzessin Louise von Oldenburg einen Besuch abgestattet hatte, begaben sich sämtliche Herren nach der Werftfabrik. Heute Morgen führte der Zug die Gesellschaft nach Brunsbüttel zur Besichtigung des Schleusenbaues, von dort nach Burg, wo das Mittagessen eingenommen wurde und heute nach Albersdorf, wo übernachtet wird. Morgen wird die Reise zunächst nach Grünthal zur Besichtigung der Hochbrücke und dann nach Rendsburg und am Abend nach Kiel fortgesetzt. Sonntag werden die Herren nach Berlin zurückkehren.

**Kiel, 9. Juni.** Nach dem oben erwähnten Nachtrage zur Rang- und Quartierliste der deutschen Marine, die am 25. Mai d. J. abgeschlossen ist, hat das Seefliegerkorps seit dem vorigen Dezember wiederum eine erhebliche Vermehrung erfahren. Die Zahl der Admirale beläuft sich im Ganzen auf 16, von denen einer (Hr. v. d. Goltz) als Admiral, 5 (Hr. v. Knorr, Hollmann, Schroeder, Koecker und Balow) als Vizeadmirale und 10 (Menting, Karcher, v. Pannitz, v. Reiche, Thomsen, v. Diederichs, Döhring, Hoffmann, Nissen und Hr. v. Seidenstücken) als Kommandanten aufgeführt sind. Bei dem Personalbestand der Admirale ist seit vorigem Dezember eine Verminderung nicht eingetreten. Kapitäne zur See sind 35 (im Dezember 32, im Mai v. J. 34) vorhanden, unter denen Prinz Eduard der fünftelste ist. Die Zahl der Korvetten-Kapitäne beläuft sich

auf 69 (66 und 66), der Kapitän-Lieutenants auf 142 (136 und 134), die der Lieutenants auf 214 (202 und 203) und die der Unterlieutenants auf 149 (135 und 142). Einschließlich der Admirale zählt also das Seefliegerkorps der Marine 625 Offiziere gegen 587 im Dezember 1892, 593 im Mai 1892, 568 im Dezember 1891, 565 im Mai 1891 und 536 im Dezember 1890. 8 Offiziere stehen außerdem à la suite des Seefliegerkorps und 8 à la suite der Marine. Unter letzteren befinden sich der Kaiser von Rußland, der König von Schweden, der Herzog Karl Stephan von Defterreich und der Herzog von Coburg. Seefadetten sind 144 vorhanden gegen 113 im Dezember und 121 im Mai v. J., Korvetten 78 (79 und 81). Das Seefliegerkorps der Marineinfanterie umfaßt 42 Offiziere, nämlich 1 Oberst, 2 Majors, 11 Hauptleute, 8 Premier- und 18 Sekondeleutenants und 2 Offiziere à la suite. Was die im Dienst befindlichen Schiffe betrifft, so sind seit dem vorigen Dezember folgende Veränderungen eingetreten: Zur Vanoerslotte, die aus den Panzerschiffen „Bader“, „Bairn“, „Sachsen“ und „Württemberg“ besteht, ist der Aviso „Meteor“ (Kommandant: Korvetten-Kapitän von Holtenhoff) hinzugekommen, zum Uebungsgehwader gehört außer den Panzerschiffen „König Wilhelm“ und „Deutschland“ und dem Panzerjagzeug „Vedouw“ jetzt das Panzerjagzeug „Friedrich“, welches an Stelle des „Sigfried“ getreten ist, sowie der Aviso „Jago“. In Dienst gestellt ist ferner die Torpedobootflottille, bei welcher der Aviso „Wacht“ als Stützschiff fungiert. Die erste Torpedobootdivision besteht aus dem Torpedoboot-Divisionsboot D 7 und den Torpedobooten 59—62 sowie 64 und 65, die zweite aus dem Divisionsboot D 5 und den Torpedobooten 843 und 844—49. Ferner sind in heimischen Gewässern in Dienst gestellt als Kadettenschulschiffe der „Stech“, „Steier“ und das Schiffsingenieur-Schulschiff „Volte“ sowie die Yacht „Hohenjollen“ und der Aviso „Grille“. Zu verschiedenen Zwecken sind noch in Dienst gestellt das Panzerjagzeug „Drummer“ (zum Schutz der Nordseefischer), das Panzerjagzeug „Kautskus“ (zu Vermessungen in der Nijne), das Panzerjagzeug „Albatros“ (zu Vermessungen in der Nordsee), der Transportdampfer „Belian“ (Wachschiff zu Kiel), das Panzerjagzeug „Friedrich der Große“ (Stammschiff der Reserveflottille der Nordsee), die Kreuzerflottille „Kaiserin Augusta“ und der Aviso „Komet“ (zu Probefahrten), das Schiff „Carola“ mit dem Panzerjagzeug „Bay“ (Artillerie-Schulschiff zu Wilhelmshafen), das Schiff „Viliger“ (Torpedoveruchungsschiff zu Kiel) und das Minensuchschiff „Klein“, sowie 4 Torpedoboot-Divisionsboote (Stammboote der 3. bis 6. Division) und 9 Torpedoboots, darunter 6 zu Schulzwecken und 3 zu Versuchszwecken. Einmal ist auch das Panzerjagzeug „Dittler“ für die Zwecke der Schiffsingenieurkommission in Dienst gestellt. Das Kreuzerjagzeug ist aufgelöst, indem das Jaggschiff „Kappitz“ nach Hause zurückgekehrt ist, die Kreuzerflottille „Arcona“ und „Alexandrie“, vorübergehend zur ostamerikanischen Station kommandiert sind. Das Schiffsingenieur-Schulschiff „Gneisenau“ befindet sich auf der Heimreise von der ostamerikanischen Station. Zur ostasiatischen Station ist neben den Kreuzern „Schwalbe“ und „Albatros“ der Kreuzer „Seeadler“ getreten, der sich auf der Ausreise befindet. Bei der Mittelmeerstation ist das Schiffsingenieur-Schulschiff „Nixe“ als auf der Heimreise befindlich aufgeführt.

**Leipzig, 9. Juni.** Das Reichsgericht verwarf die Revision des Staatsanwaltes wegen Einstellung des Verfahrens gegen den Redakteur, früheren Reichstagsabgeordneten Ruwert (Dreslau), welches vom Landgericht Breslau am 15. September 1892 in der Strafsache wegen Verleumdung der schlesischen Marzellaue eingeleitet war. In den Gründen heißt es, das Landgericht Berlin habe mit Recht Verabingung angenommen, entsprechend der Reichsgerichtsentcheidung vom 24. Juni 1892.

**Stuttgart, 9. Juni.** Die Beisetzung des Bischofs Heide fand heute Vormittag in Kottenburg statt. Der Feier wohnten Vertreter des Königs und der Königin, der Kultusminister, die Präsidenten der ersten und zweiten Kammer, viele andere hohe Würdenträger, sowie mehrere hundert Geistliche bei. Das Requiem hielt Erzbischof Moos von Freiburg unter Assistenz des Bischofs Daffner von Mainz und des Erzbischofs Placatus von Beauvais, Heides Nachfolger, Bischof Meiser hielt im Dom eine ergreifende Trauerrede, in welcher er das Leben und Wirken des Verstorbenen schilderte. Eine unabsehbare Menge begleitete in feierlichem Zuge die Leiche nach der Friedhofskapelle.

**Österreich-Ungarn.**  
**Wien, 9. Juni.** Der „Egypter“ klagt die „Kreuzzeitung“ an, weil sie mit Hochmuth der Wienerin vorwerfe, daß sie die Kosten des Schutzbündnisses Deutschland aufbürde.

Als Antwort auf Konjunkturs Appell erklärt die Ökonomiekommission typischer Vereinigungen zum Wiedereintritt, wenn der Unabhängigkeitsklub die kirchlichen Vorlage unbedingt acceptirt.

**Schweiz.**  
**Bern, 9. Juni.** Die internationale technische Eisenbahnkongress beendigte heute die Verhandlungen; über alle Gegenstände, ausgenommen über die Frage des Dynamit-Transportes wurde Einstimmigkeit erzielt. Montag findet die Unterzeichnung des Schlussprotokolls statt.

**Frankreich.**  
**Paris, 7. Juni.** Die Beurteilung des vom Grafen Kaluoch im Auszuge der ungarischen Delegation abgegebenen Erklärungen durch die „Kreuzzeitung“ wird hier in den Blättern mehrfach wiedergegeben. Daß man sich über die angebliche „Erfüllung der Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland“, ebenso wie über die „Annäherung von Österreich und Rußland“ sehr freut, zeigt die Presse offen zu, während sie sich in allem, was auf die deutschen Bahnen Bezug hat, die größte Zurückhaltung anerkennend. Um so mehr bekennt man den offenen Brief der Sozialisten an die „Brüder und Schwestern“ in Deutschland und bezeichnet ihn als „unopportunistisch“. Der „Temps“ schreibt: „Die bloße Thatsache, daß gerade zu dieser Stunde Franzosen auf eigene Faust die Kritiken wieder aufnehmen, zu denen jenseits des Rheins das

neue Militärgefeß Anlaß gab, und die deutschen Sozialdemokraten offen dazu aufreizen, daß sie ihren Widerstand verstärken, ist ein Fehler, wie er sich nicht größer und schwerer vorstellen läßt.“ Warum auch so offen sagen, was man wünscht: die deutsche Deeresmacht nicht verstärkt und der Dreibund aufgelöst!

**Paris, 9. Juni.** Die Meldungen mehrerer Blätter über Neuhefung verschiedener französischer Vorkämpfer im Ausland werden durch eine Mitteilung der „Agence Havas“ für unbegründet erklärt.

**Paris, 9. Juni.** Der Senat nahm den Gesetzentwurf betreffend die Organisation der kolonialen Armee in der von der Kammer genehmigten Fassung an. Der Gesetzentwurf besagt, daß die Kolonialtruppen aus Freiwilligen rekrutiert werden sollen.

**Paris, 9. Juni.** In Folge Mitteilung der englischen Regierung, daß bei der Vermählung des Herzogs von York nur die verwandten Höfe durch außerordentliche Vorkämpfer vertreten sein würden, wurde von der Entsendung des Generals Galliffet abgesehen.

**Italien.**

Wie aus Rom berichtet wird, hat man auf die französischen militärischen Vorgänge in Tunis, wiewohl man es nicht gern sieht, wenn dieselben öffentlich zur Sprache gebracht werden, unausgesetzt ein wachsames Auge. Wie es heißt, hat die Regierung hierzu neuestens besondere Veranlassung durch Nachrichten aus Tunis erhalten, nach welchen dort die französischen militärischen Arbeiten wieder lebhafter denn je betrieben werden. Auch ist man durch Berichte über gewisse Verhandlungen mißtrauisch geworden, die zwischen Frankreich und der Türkei wegen Grenzbestimmungen zwischen Tunis und Tripolis gepflogen werden, wobei es sich um eine förmliche Erweiterung des tunesischen Gebietes durch tripolitinisches handeln soll, und in diesem Punkte ist man in den italienischen Kreisen wegen etwaiger Zukunftspläne empfindlich.

Verichten aus Messina zufolge hat der Befehlshaber des in die ägyptischen und syrischen Gewässer entsandten französischen Geschwaders, Admiral Vigier, auf der Rückfahrt eine Ausspäherung der italienischen Küstenbestimmungen vorgenommen. Bei der Durchfahrt durch die Straße von Messina beobachtete er einen Kreuzer mit der Besatzung der Verteidigungswerke, insbesondere derer von Tarent, in deren Nähe das spanische Schiff über eine Stunde verweilte.

**Rom, 9. Juni.** Die starke Winterzeit, die heute gegen den Haushalt des Innern stimmt, wird von der Opposition nicht mit Unrecht als ein Zeichen der verminderten Mannszucht der Regierungspartei betrachtet. Die „Riforma“ glaubt sie speziell gegen Giolitti's Person gerichtet, da der Baumentat nur 38 Stimmen gegen sich hatte. Der Ministus Agliardi geht Montag auf seinen Wiener Posten ab.

**Rom, 9. Juni.** Im bevorstehenden Konfitorium werden außer Schläuch zwei Italiener und zwei Franzosen zu Kardinalen ernannt werden.

**Großbritannien und Irland.**

**London, 9. Juni.** Aus den heute veröffentlichten Berichten des Handelsamtes ergibt sich, daß während des letzten Monats 42 218 Personen gegen 42 471 im entsprechenden Monat in 1882 in verschiedenen Häfen in dem vereinigten Königreiche verließen. Von diesen waren 14 649 englische, 2854 schottische und 8821 irische Auswanderer — die übrigen waren Ausländer oder solche, deren Nationalität nicht festgestellt worden ist. Während der fünf Monate, welche am 31. Mai endeten, hatten 145 189 Auswanderer gegen 141 297 in der entsprechenden Periode in 1891 die verschiedenen Häfen verlassen. Von diesen waren 56 182 englische, 8852 schottische und 28 672 irische Emigranten. Die übrigen waren Ausländer, 103 587 der Auswanderer gingen nach den Vereinigten Staaten.

Im Unterhaus erklärte der Parlamentssekretär Buxton, der Entwurf einer Konvention über das Zwangsland sei bereits vereinbart, die Regierung habe aber noch nicht den vollen Wortlaut erhalten. Der Gouverneur des Kaplandes, Vize, werde die Konvention nicht früher unterzeichnen, als bis er dazu von der Regierung ermächtigt werde.

**Stettiner Nachrichten.**

**Stettin, 10. Juni.** Damit das halbe Duzend voll wird, haben auch die hiesigen Katholiken ihren eigenen Kandidaten zur bevorstehenden Reichstagswahl erhalten. Die Vorkämpfer der hiesigen katholischen Vereine fordern ihre Glaubensgenossen in Stettin und Grabow auf, für den Legationsrath a. D. v. Kehler in Berlin zu stimmen. Natürlich handelt es sich nur um einen Kandidaten.

Der evangelische Arbeiter-Verein hielt am Mittwoch, den 7. d. Mts., eine Versammlung ab, welche Herr P. Thimm durch ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnete. Es wurde die Verapredung über die Stellung des Vereins zur Reichstagswahl fortgesetzt. Die Versammlung sah von der Veröffentlichung eines Wahlaufufes ab. Der Verein will sich in den Rahmen seiner Partei bewegen. Die Mitglieder wollen ihre Stimme nur dem Kandidaten geben, der für die volle Wehrfähigkeit unseres Vaterlandes eintritt und sich aus voller Ueberzeugung zum Christenthum bekennt, der ein Herz hat für die Arbeiter und ihre Nothe und Recht und Gerechtigkeit für Jedermann im Volke fürchtet vertritt. Der Verein glaubt einen solchen Mann in Herrn Generalleutnant J. D. von Heydebreck, Excellenz, zu finden und beschließt demgemäß, ihm die Stimme zu geben. Derselbe war auch in der Versammlung anwesend und entwickelte kurz, aber doch eingehend, sein Programm. Genauer sprach sich derselbe über das sogenannte „40-Millionengesetz“, über die Korngölle und die Militärverlage aus. Die Mitglieder des Vereins aus dem Wahlkreise Randow-Greifenhagen machen ihre Abstimmlung von den Beschläüssen der übrigen patriotischen Vereine in den Vereinen Stettins abhängig.

Die Antifemiten veranstalten morgen Sonntag Nachmittag wieder eine Wählerversammlung im Saale der Pöhlharmonie, in welcher Dr. Förster sprechen wird. Mit Bezug auf die kürzlich erwähnten antifemistischen Versammlungen wird uns mitgeteilt, daß dieselben nicht öffentlich waren. Herr René sei zwar in denselben als

Redner aufgetreten, derselbe sei jedoch nicht Mitglied des antifemistischen Vereins, sondern konservativ, er habe auch nicht über die Judenfrage gesprochen, sondern seine Ausführungen seien nur gegen die Sozialdemokraten gerichtet gewesen.

Den freimüthigen Wählern des Kreises Rügen-Franzburg-Stralsund, welche Professor R. Birchow aufgestellt haben, ist von diesem die Mittheilung zugegangen, daß er bedauere, keine weitere Kandidatur annehmen zu können, er empfahl an seine Stelle den Professor Jul. Belsch-Berlin, welcher gleichfalls der freimüthigen Volkspartei angehört. Weiter ist bekanntlich in diesem Wahlkreis von den Konfessionen der bisherige Vertreter des Kreises, Herr v. Wendell und von dem Bund der Randwirth in Verbindung mit den Christlich-Sozialen Herr Baron Vangen aufgestellt. Das Wahlkomitee für letztere segelt gleichfalls unter der Flagge eines konservativen Zentral-Wahlkomitees und der Vorbesitzende Kaufmann Beder erließ dieser Tage einen Aufruf, worin erklärt wurde, daß es eine plumpe Entstellung der Thatsachen sei, wenn man Baron Vangen als Antifemist bezeichne. Das „Rügen'sche Kreis- und Anzeigebblatt“ hatte jedoch in Bezug auf diesen Punkt schon vorher Aufklärung gebracht, indem es schrieb: „Es wird uns mitgeteilt, daß bei Gelegenheit der am 1. d. Mts. stattgefundenen Unterhandlung in Stralsund, um womöglich eine Einigung über die Kandidatenfrage zum Reichstage herbeizuführen, von denjenigen Herren, welche für die Kandidatur von Vangen daselbst eintraten, auf den ihnen gemachten Vorwurf hin, daß derselbe durch seine Verbindung mit Althardt sich doch zum mindesten als Antifemist zu den Grundfäden des Antifemismus bekann hätte, besonders ausgesprochen worden ist, daß Baron v. Vangen gerade wegen seiner antifemistischen Ansichten als Kandidat geeignet betrachtet würde. Es handelt sich jetzt also nicht mehr darum, zwischen zwei Konfessionen zu wählen, sondern die Wahl steht jetzt zwischen einem vorwiegend antifemistischen und einem konservativen Kandidaten. Eine Verbindung zwischen diesen beiden Parteien giebt es nach den Vorgängen, welche sich in letzter Zeit im Reichstage abgespielt haben, nicht.“ Nun nimmt auch der Fürst zu Putbus in dieser Sache das Wort, indem er schreibt: „Ich übernehme hiermit voll und ganz die Verantwortung für den wahrheitsgetreuen Inhalt obiger Einsetzung; ich bin persönlich in der Versammlung vom 1. Juni anwesend gewesen und habe die nicht mitzuerhebenden Abweichungen selbst gehört, auch sind verschiedene Herren bereit, hierfür Zeugnis abzulegen. Eine plumpe Entstellung der Thatsachen, wie Herr Beder sich auszusprechen beliebt, ist nicht von meiner Seite, sondern von der des Zentral-Komitees erfolgt. Man wähle konservativ Herrn von Wendell, Antifemist Baron Vangen. Den Muth seiner Meinung sollte doch Jeder zum mindesten haben.“

— Als im letzten Winter betreffend der Verpflichtung der Reinigung der Bürgersteige Zweifel entstanden, erließ die königliche Polizeidirektion eine Bekanntmachung, die die Hausbesitzer verpflichtet seien, die Bürgersteige vom Schneeschlamm zu reinigen und gleichzeitig wurde angeordnet, daß im Unterfallsfalle die Polizei dies auf Kosten der Betreffenden werde ausführen lassen. Da eine große Anzahl von Grundbesitzern der Ansicht waren, daß nach Uebernahme der Straßencleaning seitens der Stadt letztere die Verpflichtung habe, auch das Schmelzen vom Bürgersteig zu entfernen, kamen dieselben den Bestimmungen der Polizeibekanntmachung nicht nach, sondern ließen die angeordneten Zwangsmaßnahmen in Anwendung bringen. Die königliche Polizeidirektion suchte dann die entstandenen Kosten von den betreffenden Grundbesitzern einzuziehen und sandte letzteren außerdem noch ein Extramandat. Nun tragen diese auf gerichtliche Entscheidung an und hand gestern in zwei veranlagten Fällen vor dem Schöffengericht Verhandlungstermin an. Es handelte sich um das Grundstück des Vorbesitzenden des Stettiner Grundbesitzer-Vereins und um das königliche Amtsgerichtsgebäude, bei letzterem war wegen unterlassener Reinigung der Kellerräume Verantwortung gezogen war. Es erfolgte Freisprechung, welche vom Herrn Amtsanwalt selbst beantragt war, indem der Gerichtsbescheid anmah, daß nach dem mit der Stadt abgeschlossenen Reinigungsvertrag der Hausbesitzer nicht zu der Reinigung des Bürgersteigs vom Schneeschlamm verpflichtet gewesen sei und derselbe daher auch nicht wegen Unterlassung derselben in Strafe genommen werden könne.

— Am 27. Juni d. J. findet in Stuttgart der siebente ordentliche Vereinsversammlungstag des Verbandes der deutschen Berufsvereinigungen statt. Seitens des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes ist dafür folgende Tagesordnung aufgestellt worden. 1. Bericht des Vorsitzenden. 2. Jahresbericht, Festsetzung der Jahresbeiträge, Genehmigung des Veranschlagten pro 1893. 3. Neuwahl des Ausschusses. 4. Abänderung der Geschäftsordnung. 5. Ausarbeitung von Normal-Verhaltensvorschriften. 6. Uebernahme des Selbstverhaltens durch die Berufsvereinigungen in Gemeinschaft der Noelle zum Krankenversicherungs-gesetz. 7. Unzuträglichkeiten bei der Versicherung von Regiearbeiten. 8. Erste Hülfeleistung bei Unfällen. 9. Arbeitsvermittlung für invalide Arbeiter. 10. Novelle zum Unfallversicherungs-gesetz. 11. Bestimmung über Zeit und Ort für den nächsten ordentlichen Vereinsversammlungstag.

— Die diesjährigen Herbstübungen erstrecken sich auf die Kreise Regenwalde, Dramburg und Schivelbein. Vom 5. bis einschließlich 11. August findet das geschäftsmäßige Schießen des Infanterie-Regiments Nr. 42 bei Rabes und vom 12. bis einschließlich 21. August Regiments-Exerzieren nordwestlich und nördlich Dramburg statt. Das Regiments-Exerzieren des Grenadier-Regiments Nr. 2 wird in der Zeit vom 14. bis einschließlich 21. August nordwestlich und nördlich Dramburg abgehalten. Das Brigaden-Exerzieren der 5. Infanterie-Brigade, welches in der Zeit vom 22. bis 28. August fällt, wird sich ebenfalls auf die beiden Kreise Regenwalde und Dramburg erstrecken, und folgt hierauf das Brigaden-Märsch der verstärkten 5. Brigade, welches vom 31. August bis 2. September zwischen Rabes und Schivelbein sich hinzieht.

— Im Elysium-Theater gelangt am morgigen Sonntag die alte deutsche Volksoper „Auf eigenen Füßen“ zur Aufführung.



